

A4 / 2021 / XVI

Datum: 02.06.2021

A N T R A G

der CDU-, SPD-, FDP- und FW-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
an die Verbandsversammlung

Beschäftigung schwerbehinderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen sichern

Beratungsfolge	Termin	Entscheidung
Haushalts- und Finanzausschuss	05.07.2021	vorberatend
Ausschuss für Soziales und Jugendhilfe	05.07.2021	vorberatend
Verbandsversammlung	14.07.2021	beschließend

Finanzielle, personelle und organisatorische Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen im laufenden Haushaltsjahr / Wirtschaftsjahr? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja, €				
Stehen Mittel zur Verfügung? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja		Produkt / Sachkonto:		Wird ein Antrag auf überplanmäßige / außerplanmäßige Ausgaben gestellt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Ist die Begründung der Unabweisbarkeit der Kosten in Sachverhaltsdarstellung enthalten? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja			Finanzielle Auswirkungen in den Folgejahren? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja, €	
Auswirkungen auf den Stellenplan im lfd. Haushalts- / Wirtschaftsjahr? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja			Sonstige personelle / organisatorische Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja	
Auswirkungen auf den Stellenplan in den Folgejahren? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja			Sonstige personelle / organisatorische Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja	
Kosten insgesamt €	Belastung LWV €	Beteiligung Dritter €	Ergänzende Darstellung zu den finanziellen Auswirkungen siehe unter Ziffer der Begründung.	
Veranschlagung im Teilergebnishaushalt <input type="checkbox"/>	im Teilfinanzhaushalt -Investitionstätigkeit- <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Nein	€ <input type="checkbox"/> Ja €	Sachkonto

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung bittet das HMSI, weitere Maßnahmen zur Förderung von Neueinstellungen und zur Sicherstellung der Beschäftigung schwerbehinderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemeinsam mit dem LWV zu entwickeln.

Die Eröffnung weitergehender Gestaltungsmöglichkeiten für das Integrationsamt des LWV Hessen könnte für die Entwicklung zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt hilfreich sein.

Begründung

Das LWV Hessen Integrationsamt hat gemeinsam mit dem HMSI die Regelleistungen der begleitenden Hilfen für schwerbehinderte Arbeitsnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für ihre Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen erhöht und verbessert. Zudem wurden gemeinsam Modellvorhaben, wie beispielsweise das Hessische Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen (HePAS 2020), ergänzende Landesleistungen zum Bundesprogramm „Alle im Betrieb“ für Inklusionsbetriebe, Betriebliche Orientierungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf (BOM) oder das Programm „psychische Gesundheit im Arbeitsleben“ auf den Weg gebracht.

Trotz dieser positiven Aktivitäten wird die beträchtliche Rücklage des Integrationsamtes nicht beansprucht, sondern wächst kontinuierlich an. Grund hierfür ist die enorme Einnahme. Zahlreiche wirtschaftlich starke, bundesweit tätige Unternehmen mit Sitz im Rhein-Main-Gebiet haben ihre Ausgleichsabgabe zentral an das für den Unternehmenssitz zuständige hessische Integrationsamt abzuführen.

Die günstige Einnahmesituation begründet eine besondere behinderten- und beschäftigungspolitische Verpflichtung. Die Ausgleichsabgabe gehört nicht in die Rücklage, sondern in die Unternehmen zur Förderung von Neueinstellungen und Sicherung der Beschäftigung schwerbehinderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies gilt besonders jetzt. Eine gravierende Folge der Corona-Pandemie ist die zunehmende Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen. Heute sind in Hessen ca. 12.000 schwerbehinderte Menschen arbeitslos, 2019 waren es rund 11.000 Menschen.

Daher sind weitere Maßnahmen zur Ermöglichung und Sicherstellung der Beschäftigung behinderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Einbeziehung der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, zu entwickeln.

gez.

Michael Reul
CDU-Fraktion

gez.

Stefan Reuß
SPD-Fraktion

gez.

Michael Thiele
Fraktion B'90/Grüne

gez.

Dr. Stefan Naas
FDP-Fraktion

gez.

Albrecht Fritz
FW-Fraktion